

## **Reiner Hoffmann**

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

### **Rede beim SPD-Bundesparteitag in Berlin**

Berlin, 7. Dezember 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Genossinnen und Genossen!

Für euren Bundesparteitag habt ihr eine gute Location ausgesucht. Im Mai 2014 hatte der DGB hier in der „schönsten Garage“ Berlins seinen Bundeskongress durchgeführt.

Ihr wisst, ich komme immer gerne zu euch. Danke für die Einladung.

Die SPD und die Gewerkschaften konnten in den vergangenen Jahren wieder ein solides Vertrauen zueinander aufbauen.

Lasst es mich ganz klar sagen: Die SPD hat in der zurückliegenden Großen Koalition einen verdammt guten Job gemacht und viel für gute Arbeit und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgesetzt.

Der Mindestlohn wirkt. 3,6 Millionen Menschen hatten dadurch Anspruch auf Lohnerhöhung. Es profitieren vor allem Beschäftigte in Ostdeutschland, in Dienstleistungsberufen, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Logistik und im Einzelhandel. Und es profitieren Frauen vom Mindestlohn. Im ostdeutschen Gastgewerbe können sich weibliche Beschäftigte über z.T. zweistellige Lohnzuwächse freuen.

Zur positiven Bilanz der SPD-Beteiligung in der Großen Koalition gehören auch die Rente mit 63, die Verbesserungen bei der Leiharbeit, Elterngeld plus und viele andere Dinge mehr.

Ja, die SPD wollte in der Großen Koalition noch viel mehr für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen: Reformen bei der Mitbestimmung, eine wirksame Mietpreisbremse und das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit. Andrea, ich erinnere mich noch gut, wie auf der Zielgeraden das Gesetzesvorhaben zur befristeten Teilzeit durchlöchern wollten. Es sollte nur in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten gelten.

Es war richtig, dass die SPD dann gesagt hat: Wir wollen kein Gesetz, mit dem Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – größtenteils Frauen – das Rückkehrrecht verweigert worden wäre.

Deshalb lasst mich Ross und Reiter benennen: die Union hat das verhindert, getrieben von den Arbeitgebern. So war das, aber so muss es nicht bleiben!

Denn die Forderungen, die ihr - die SPD - im Bundestagswahlkampf 2017 gesetzt habt, waren und sind gut und richtig. Viele dieser Forderungen sind auch die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Lasst mich nur drei Beispiele nennen: die Stärkung der Tarifbindung, den Ausbau der Mitbestimmung und mehr Arbeitszeit-Souveränität für Beschäftigte in der analogen und digitalen Arbeitswelt sowie gerechtere Steuern und ambitionierte Zukunftsinvestitionen.

Trotzdem war euer Wahlergebnis bitter. Da gibt es nichts schönzureden.

Deshalb habt ihr zu Recht erst einmal dafür plädiert, das verlorene Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in der Opposition zurückzugewinnen zu wollen. Auch vor dem Hintergrund des Einzugs der Rechtsnationalen und Rechtspopulisten in den Bundestag, die alles andere als eine Alternative für Deutschland sind!

Die Arbeiterbewegung – Sozialdemokraten und Gewerkschafter – haben immer zusammengestanden, wenn es um den Kampf gegen den rechten Sumpf mit ihren menschenfeindlichen Parolen und ihren dumpfen Sprüchen gegen ausländische Bürgerinnen und Bürger geht.

Wir stehen zusammen. Wir sind solidarisch, wir sind weltoffen und demokratisch. Die Würde des Menschen - aller Menschen - ist unantastbar!

Euer Parteitag findet in einer komplizierten und schwierigen bundespolitischen Situation statt. Und die Europäische Union – unser Europa – ist in keiner guten Verfassung! Das Verhalten der FDP und ihres Vorsitzenden Christian Lindner ist unverantwortlich. Es war einfach ein Hammer, nach fünf Wochen Sondierungen einfach die Brocken hinzuschmeißen. Das ist schlicht verantwortungslos.

Es ist absolut verständlich, dass die SPD nicht mit wehenden Fahnen in die nächste Große Koalition zieht, aber ich sage auch ganz deutlich: Die Reise nach Jamaika wäre für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land und auch für Europa eine große Irrfahrt geworden.

Lass mich auch hier lediglich drei Punkte hervorheben, was Jamaika bedeutet hätte. Der Soli sollte abgeschafft werden. Gewinner wären vor allem die Reichen und Superreichen gewesen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen zahlen schon heute keinen Solidarbeitrag, das ist auch richtig so. Das Projekt der FDP wäre nichts anderes als eine unerträgliche Reichtumspflege gewesen.

Die Sozialbeiträge sollten – wie von den Arbeitgebern vehement gefordert - bei 40 Prozent gedeckelt werden. Was wäre die Konsequenz? In den nächsten Jahren wären Leistungen gekürzt worden. Die Zeche hätten wieder die Beschäftigten bezahlt. Und die dringend

notwendige Aufwertung von Pflege und Sozialberufen, eine menschenwürdige Kranken- und Altenpflege wären dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Und schauen wir uns an, was die FDP in Sachen Europa im Angebot hat. Nichts, aber auch gar nichts, was Europa endlich aus der Krise führt, unter der Millionen Menschen seit 10 Jahren leiden und die Zukunft der Jugend in verantwortungsloser Weise aufs Spiel setzt.

Die Liste könnte ich problemlos verlängern: Aufweichung des Mindestlohns, das Arbeitszeitgesetz schreddern und anders, was die ewig Gestrigen im Schilde führen. Hand aufs Herz, eigentlich müssen wir Herrn Lindner dankbar sein, dass er sich aus der Verantwortung geschlichen hat. Eine neo-liberale Politik, gepaart mit einem deutlichen Drift nach rechts braucht kein Mensch, weder bei uns im Land noch in Europa!

Die Parteien sind vom Bundespräsidenten dazu aufgerufen, für die nächsten Jahre eine stabile Regierung zu bilden. Und auch hier Hand aufs Herz, ich bin heilfroh, dass wir Frank Walter Steinmeier als Bundespräsidenten haben.

Regieren ist kein Selbstzweck. Die Menschen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen eine Regierung, die für sie verlässliche und gute Politik macht. Das ist auch, was die Gewerkschaften brauchen und das, was Deutschland und Europa brauchen!

Ich mache mir ernsthaft Sorgen über die Zukunft Europas und befürchte, dass uns regelrecht die Zeit davonläuft. Emmanuel Macron hat einen fulminanten pro-europäischen Wahlkampf geführt und gegen die Front Nationale gewonnen. Nach dem Brexit Votum der Briten, der Wahl von Trump, dem Erstarken nationalistischer Bewegungen überall in Europa ist das zum Glück nochmal gut gegangen. Aber Glück ist kein politischer Wert, auch keine Handlungsleitlinie, auf die wir uns verlassen sollten.

Im Gewerkschaftsrat haben wir vor gut 14 Tagen zentrale Anforderungen sozialdemokratischer Politik skizziert. Darin sagen wir: „Deutschland muss (...) die mutigen Reformvorschläge des französischen Präsidenten konstruktiven aufgreifen. (...) Statt eines Europas der Austerität wollen wir ein Europa der Investitionen und der Solidarität.“

Gestern hat die EU Kommission ihre Vorschläge zur Vertiefung der EWWU vorgelegt. Ehrlich gesagt, die Vorschläge sind im Vergleich zum frischen Wind aus Paris etwas dürrig ausgefallen.

Das Zeitfenster für dringend notwendige Reformen in Europa ist extrem kurz und schließt sich in gut zwölf Monaten im Dezember nächsten Jahres. Im Mai 2019 wird das neue Europaparlament gewählt. Bis dahin muss für die Menschen spürbar werden, dass Reformen auch wirkliche Verbesserungen in ihrem Alltag, Sicherheit und gute Arbeit bedeuten.

Daher brauchen wir eine stabile Regierung und eine enge, verlässliche Kooperation mit Frankreich und den anderen Partnern in Europa.

Und darüber hinaus gibt es andere wichtige Zukunftsthemen, die keinen Aufschub erlauben, für die wir eine handlungsfähige, an der Würde der Menschen orientierte Politik brauchen:

- Wir brauchen gute und faire Arbeit. Unbefristete, sozial abgesicherte und tariflich bezahlte Arbeit – auch und gerade in der digitalen Arbeitswelt.
- Wir brauchen einen Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Zukunftsinvestitionen.
- Investitionen in Bildung
- Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, für Wohnungen, die Menschen auch bezahlen können
- Investitionen in die digitale Infrastruktur und moderne Verkehrswege, in Ressourceneffizienz, in erneuerbare Energien. Wir alle wissen doch, wie groß der Handlungsbedarf ist, vor allem in unseren Kommunen!
- Wir brauchen eine vorausschauende aktive Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik! Eine Politik, die die Industrie im Lande sichert und eine Energiepolitik, die ökologisch, sozialverträglich und ökonomisch belastbar ist.
- Wir brauchen ein stabiles und ausreichendes Rentenniveau auf dem heutigen Stand von 48 Prozent und in einem weiteren Schritt auf 50 Prozent.
- Zudem muss es dringend Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente geben.
- Wir brauchen eine Rückkehr zur paritätischen Beitragsfinanzierung in der GKV! Wir brauchen mehr und besser bezahltes Personal in der Pflege!

Und wir brauchen eine mutige, eine entschlossene SPD. Natürlich seid ihr, sind wir gemeinsam, in einer verdammt schwierigen Lage. Das wissen wir und das verstehen wir doch alle.

Neuwahlen sind für uns aber ultima ratio. Sie sind risikoreich und garantieren aus meiner Sicht keine anderen Machtoptionen. Das harte Ringen um den richtigen Weg ist wichtig und richtig.

Im Namen aller DGB-Gewerkschaften kann ich euch sagen: Es ist richtig, in dieser schwierigen Situation in Gesprächen auszuloten, ob und in welcher Form die SPD eine neue Regierung mittragen kann.

Damit Deutschland, Europa und die Welt sozial gerechter und solidarischer werden.

Es liegt ein verdammt großes Stück harter und schwieriger Arbeit vor euch. Wie stehen an eurer Seite. Wir brauchen eine starke Sozialdemokratie. Und ihr braucht starke Gewerkschaften.

In diesem Sinne: Gute Beratungen und weise Beschlüsse.

Glück auf!